

# ROTER HAHN

**DIE LINKE.**  
I M B U N D E S T A G

AUSGABE 23

MÄRZ 2015 (II)



*Liebe Leserin, lieber Leser,*

auch in der letzten Sitzungswoche vor Ostern wurden im Bundestag viele wichtige Themen debattiert, so z.B. das EU-Assoziierungsabkommen mit der Ukraine, die Einführung einer PKW-Maut, die Verlängerung des Bundeswehreininsatzes in Somalia (die ich abgelehnt habe) und auch Kriterien für die Ausrichtung von Sportgroßveranstaltungen. Der Deutsche Olympische Sportbund hat entschieden, sich mit Hamburg

um die Olympischen und Paralympischen Sommerspiele 2024 oder 2028 zu bewerben. Wenn endlich vom bisherigen Gigantismus Abstand genommen, die Korruption im IOC wirksam bekämpft wird, soziale und ökologische Standards beachtet, die Kosten begrenzt und auch die Einwohner in Hamburg der Austragung in einem Bürgerentscheid zustimmen, dann kann dies durchaus eine Chance für die Wiederbelebung der olympischen Idee von Völkerverständigung und dem friedlichem Wettstreit um die besten Leistungen sein. DIE LINKE wird die Bewerbung weiter kritisch begleiten.

In der Fragestunde an die Bundesregierung ging es um die geplante Novelle des Verfassungsschutzgesetzes. Ich nutzte diese Gelegenheit, den Bundesinnenminister zu fragen, ob er denn dem Parlament konkrete Belege dafür nennen könne, wo durch Informationen von V-Leuten, die nun auch ganz offiziell Straftaten begehen dürfen, wirklich entscheidende Informationen zur Aufklärung oder Verhinderung eines schweren Verbrechens geliefert wurden.

Herr de Maizière konnte keinen einzigen Fall nennen.

Ich finde das sehr bezeichnend, wünsche Ihnen und Euch aber dennoch ein frohes Osterfest

## **Bund sollte nach dem Thüringer Beispiel V-Leute abschalten**

Am 24. März beschloss die Bundesregierung einen „Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der Zusammenarbeit im Bereich des Verfassungsschutzes“, der am selben Tag auch Gegenstand einer ersten Debatte im Bundestag war. Dazu meint André Hahn: „Der Bund sollte Thüringen folgen und die V-Leute schnellstmöglich abschalten. Von ihnen begangene Straftaten rechtlich absichern zu wollen, ist mit Sicherheit der falsche Weg. Auch wird das Gesetz in der jetzigen Fassung aus meiner Sicht eher neue Probleme schaffen als alte lösen. Zwar erscheinen einige Punkte, die die Zusammenarbeit zwischen dem Bundesamt für Verfassungsschutz, den Landesämtern und anderen Behörden verstärken sollen, auf den ersten Blick sinnvoll. Unklar aber bleibt, durch wen dies künftig parlamentarisch kontrolliert werden soll, denn das Parlamentarische Kontrollgremium des Bundestages (PKGr) erhält keine Auskunft über die Tätigkeit der Landesämter, und die Kontrollkommissionen der Länder erhalten keine Informationen über den Bund. Problematisch ist für mich als Vorsitzender des PKGr auch der Zeitpunkt, zu dem die Bundesregierung den Gesetzentwurf beschließt. Das Gremium befasst sich derzeit intensiv in einer speziellen Arbeitsgruppe mit der V-Leute-Praxis beim Verfassungsschutz und will noch 2015 Empfehlungen für die zukünftige Arbeit mit V-Leuten vorlegen. Das weiß die Bundesregierung, und sie sollte deshalb auch aus Respekt gegenüber dem Parlament die Ergebnisse abwarten und nicht vorschnell einen eigenen Gesetzentwurf vorlegen.“

TERMINE MIT  
ANDRÉ HAHN  
(AUSWAHL)

\*

29.03. – 02.4.

Reise mit einer Delegation  
des Innenausschusses nach  
Israel

\*

09.04., 18 :00 Uhr

Parlamentarischer Abend  
bei der IHK Sachsen

Dresden

\*

10.04., 09:00 Uhr

Aufsichtsratsitzung OVPS

(OVPS – Oberelbische Ver-  
kehrsgesellschaft Pirna-  
Sebnitz mbH)

Pirna

\*

13.04. – 15.04.

Reise mit Delegation des  
Sportausschusses in die  
Schweiz

\*

20.04.-24.04.

Sitzungswoche  
Bundestag, Berlin

\*

**Die Linke Sächsische  
Schweiz-Ostergebirge lädt  
ein zur**

**Friedenswanderung**

**am Ostersonntag, 5. April.  
Start: 13.00 Uhr in Rathen  
(an der Fähre)**

**Route: über Königstein  
(Halbestadt gegen 14.45  
Uhr) nach Bad Schandau  
Abschlusskundgebung:  
ca. 16.00 Uhr im Kurpark**

23.–26. APRIL 2015  
www.linkewochederzukunft.de

**LINKE**  
WOCHEN DER ZUKUNFT

[www.andre-hahn.eu](http://www.andre-hahn.eu)

## Fünf Kriterien der LINKEN für Sportgroßveranstaltungen



Ein einfaches Weiter-so darf es bei der Vergabe und Ausrichtung von Olympischen Spielen und anderen Sportgroßveranstaltungen nicht geben – so der Sportpolitische Sprecher der Linken und Anhänger der olympischen Idee, André Hahn, in der Bundestagsdebatte am 26. März. Deswegen schlug er fünf Kriterien zur öffentlichen Diskussion vor, anhand derer über eine Befürwortung oder Ablehnung von Sportgroßveranstaltungen entschieden werden sollte.

Aber auch andere sportpolitische Themen setzte DIE LINKE in den vergangenen Tagen auf die Tagesordnung. So wollte André Hahn von der Bundesregierung wissen, was sie gegen die sinkende Schwimmkompetenz in Deutschland unternimmt. Laut Antwort des Parl. Staatssekretärs Dr. Günter Krings (CDU) teilt die Bundesregierung die Besorgnis der LINKEN, verweist aber gleichzeitig auf die fehlende Zuständigkeit des Bundes. André Hahn: „Wenn fast jedes zweite Kind nach seiner Grundschulzeit nicht richtig schwimmen kann, müssen Bund, Länder, Kommunen, Sport- Jugend- und Bildungsorganisationen an einem Tisch gemeinsam ein Paket von Maßnahmen schnüren.“ In einer weiteren Anfrage ging es um das Verhältnis der beim Bund beschäftigten aktiven Sportlerinnen und Sportler mit und ohne Behinderungen sowie Trainer im Spitzen- bzw. Leistungssport. Laut Antwort des Parl. Staatssekretärs Dr. Ole Schröder (CDU) stehen von den rund 1000 Stellen beim Bund für den Spitzensport gerade mal 11 Stellen für Behindertensportler und deren Trainer zur Verfügung. Damit besteht dieses Missverhältnis trotz aller Zusagen gegenüber dem Vorjahr unverändert fort.

Weitere Anfragen gab es zu den Doping-Opfern im Sport in Ost und West. Die Antworten waren sehr dürftig. So konnte Staatssekretär Schröder lediglich mitteilen, dass 310 Dopingopfer rund 3,5 Millionen an finanzieller Hilfe erhielten. André Hahn: „Wenn die Bundesregierung trotz jahrelanger Forschungen ‚keine Statistik über Dopingopfer‘ und ‚keine belastbaren Erkenntnisse über die Zahl der geschädigten Dopingopfer‘ hat, muss ich an der Glaubwürdigkeit der Bundesregierung in ihrem angeblich so konsequenten Kampf gegen Doping im Sport ernsthaft zweifeln. Hier besteht dringender Handlungsbedarf!“

## Bundestagsfraktion DIE LINKE unterstützt AKuBiz

Junge Menschen gründeten 2001 in Pirna den Verein „Alternatives Kultur- und Bildungszentrum Sächsische Schweiz e.V.“, kurz AKuBiz e.V., um einer aggressiven und gewalttätigen Naziszene in der Sächsischen Schweiz etwas entgegenzusetzen. Aktiv, unbestechlich (Ablehnung des Demokratiepreises wegen der Extremismusklausel) und beherzt treten die Vereinsmitglieder in Erscheinung. Als nichtstaatliche Organisation setzt sich der Verein für eine Demokratisierung der Demokratie, gegen Antisemitismus, Rassismus, Nationalismus und Sexismus ein. Geschichts-, Aufklärungs-, Kultur- und Jugendarbeit sind die Arbeitsfelder. Gegenwärtig engagiert sich der Verein aktiv für die Menschenwürde von Flüchtlingen und MigrantInnen, die in der Sächsischen Schweiz Aufnahme gefunden haben (siehe auch [www.akubiz.de](http://www.akubiz.de)). Am 12. März überreichte André Hahn AKuBiz-Vereinschef Steffen Richter und Ina Leonhardt (Foto) eine Vereinspende der Bundestagsfraktion der LINKEN ([www.fraktionsverein.de](http://www.fraktionsverein.de)) in Höhe von 500 Euro zur Unterstützung der weiteren Arbeit und wünschte den jungen Leuten mit ihrem Domizil Kulturkiste (K2) auf der Pirnaer Kirchgasse 2 weiterhin viel Mut und Kraft. Anja Oehm



## IN KÜRZE

Laut Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Ole Schröder (CDU) auf eine Anfrage von André Hahn gab es 2008 noch 2.526 Dienstposten bei der Bundespolizei in Sachsen, im März 2015 nur noch 1.448. Hahn: „Ein derart drastischer Rückgang lässt sich auch durch den Wegfall der stationären Kontrollen an der deutsch-polnischen und deutsch-tschechischen Grenze nicht nachvollziehbar erklären, zumal der Anstieg der Kriminalität im grenznahen Raum von der Bundesregierung offenbar völlig ausgeblendet wird. Hinzu kommt, dass weitere fünf Prozent der im Haushalt vorgesehenen Stellen bei der Bundespolizei nicht besetzt sind. Dennoch behauptet Staatssekretär Schröder, dass die Bundespolizei Pirna derzeit und auch in den kommenden Monaten in der Lage sei, die ihr gesetzlich zugewiesenen Aufgaben in den grenznahen sächsischen Regionen zu erfüllen. Ich habe hier erhebliche Zweifel.“

\*

Sehr ausweichend antwortete die Bundesregierung auf die Frage von André Hahn, was sie tun wird, um die Entschließung des Europäischen Parlaments vom 11. Februar 2015 zu dem Bericht des US-Senats über Folterungen durch die CIA und die darin enthaltenen Forderungen an die Mitgliedsstaaten zügig umzusetzen. Hahn: „Ich erwarte von der Bundesregierung, dass sie sich voll hinter die Entschließung stellt und ihren Beitrag zur umfassenden Aufklärung der Geschehnisse inklusive ihrer Mitwirkung leistet.“



 Finden Sie Dr. André Hahn auf Facebook

## Impressum/Kontakt

Büro Dr. André Hahn, MdB  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Tel.: 030 227 75777  
E-Mail: [andreo.hahn@bundestag.de](mailto:andreo.hahn@bundestag.de)

Wahlkreisbüro Sächsische Schweiz – Osterzgebirge  
Lauterbachstr. 4, 01796 Pirna  
Tel.: 03501 5710090  
E-Mail: [andreo.hahn.ma03@bundestag.de](mailto:andreo.hahn.ma03@bundestag.de)

Wahlkreisbüro Meißen  
Dresdner Str. 13, 01662 Meißen  
Tel.: 03521 727702  
E-Mail: [andreo.hahn.ma09@bundestag.de](mailto:andreo.hahn.ma09@bundestag.de)

Redaktionsschluss: 27.03.2015  
Redaktion: A. Nowak/K. Pohle